

Landratsamt Lörrach
Verkehr & ÖPNV
Palmstr. 3
79539 Lörrach

Eingangsvermerk:

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung gemäß Rettungsdienstgesetz

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- Notfallrettung mit Krankenkraftwagen
- Krankentransport mit Krankenkraftwagen

■ Antragsteller/-in

Rettungsdienst _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

■ Betriebssitz

Straße _____ PLZ/Ort _____

■ Standort

Straße _____ PLZ/Ort _____

■ Rettungsdienstbereich

Ich/Wir beantrage/-n die

- Ersterteilung für _____ Fahrzeuge (Anzahl)
- Verlängerung der bestehenden Genehmigung
- Betriebserweiterung um _____ Fahrzeuge von bisher _____ Fahrzeug/-en
auf insgesamt _____ Fahrzeuge
- Änderung der bestehenden Genehmigung

War oder ist ein Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen Sie anhängig?

Ja Nein

Falls ja, Grund: _____

Staatsanwaltschaft/Gericht _____

Aktenzeichen _____

Haben Sie eine eidesstattliche Versicherung über Ihre Vermögensverhältnisse abgegeben oder läuft ein solches Verfahren?

Ja Nein

Werden Arbeitnehmer/-innen beschäftigt? Ja Nein

■ Angaben über die/den verantwortliche/-n Leiter/-in

1. Person

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Geb.-Datum _____ Geb.-Ort _____

Familienstand _____ Staatsangehörigkeit _____

Telefon _____ E-Mail _____

2. Person

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Geb.-Datum _____ Geb.-Ort _____

Familienstand _____ Staatsangehörigkeit _____

Telefon _____ E-Mail _____

■ Angaben über den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften ggf. Gesellschafterliste)

1. Person

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Geb.-Datum _____ Geb.-Ort _____

Familienstand _____ Staatsangehörigkeit _____

Telefon _____ E-Mail _____

2. Person

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Geb.-Datum _____ Geb.-Ort _____

Familienstand _____ Staatsangehörigkeit _____

Telefon _____ E-Mail _____

■ **Angaben über die fachliche Eignung**

des/der Antragstellers/-in der/des verantwortlichen Leiterin/Leiters

Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch

(Bitte entsprechende Bescheinigungen bzw. Zeugnisse beifügen.)

- eine bestandene Sach- und Fachkundeprüfung nach § 4 (1) PBZugV
- eine gleichwertige Abschlussprüfung nach Anlage 6 zu § 6 (1) PBZugV
- eine angemessene Vortätigkeit nach § 7 (1) PBZugV (mindestens fünfjährige leitende Tätigkeit in einem Unternehmen, das Straßenpersonenverkehr betreibt)

Sind oder waren Sie bereits Inhaber/-in einer Genehmigung oder Betriebsführer/-in (§ 2 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 PBefG)?

Ja Nein

Wenn ja, an welchem Ort _____

und bei welchem Unternehmen _____

■ **Die Gültigkeit der beantragten Genehmigung soll betragen**

_____ Jahre (maximal 4 Jahre) vom _____ bis _____

■ **Fahrzeuge**

Kennzeichen	Hersteller	FIN	Sitz-/Liegeplätze	Einsatzzeiten

■ Erklärung

Ich erteile den Strafverfolgungsbehörden, der Finanzverwaltung, dem Amtsgericht und den Sozialversicherungsträgern mein Einverständnis, an die Genehmigungsbehörde Auskünfte zu erteilen und Einsichtnahme in Akten zu gewähren, sofern diese meine unternehmerische Tätigkeit betreffen.

Die auf Seite 5 aufgeführten Unterlagen und Anlagen füge ich **vollständig** und ausgefüllt bei.

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben, sowie die Vollständigkeit der für die Antragsbearbeitung erforderlichen Unterlagen. Mir ist bekannt, dass eine mir erteilte Genehmigung gemäß § 21 RDG widerrufen werden kann, wenn nicht mehr alle Voraussetzungen, die zur Genehmigung geführt haben, erfüllt sind bzw. werden.

Der Antrag gilt als gestellt, wenn alle von der Antragstellerin/vom Antragsteller einzureichenden Unterlagen vorliegen. Die mit * gekennzeichneten Unterlagen verlieren grundsätzlich 3 Monate nach Ausstellung ihre Gültigkeit. Die Auskunft in Steuersachen wird nur im Rahmen des jeweiligen Antragsverfahrens anerkannt.

Ort, Datum

Unterschrift

■ Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die mit dem Antrag erfragten personen- und betriebsbezogenen Daten werden gemäß § 19 RDG i.V.m. § 12 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Verbindung mit § 2 der Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr (PBZugV) in den jeweils gültigen Fassungen erhoben. Gemäß § 12 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind Sie verpflichtet, die erforderlichen Angaben zur Person zu machen. Personen- und Unternehmensdaten werden elektronisch und ggf. konventionell zum Zwecke des Nachweises einer entsprechenden Unternehmensführung gespeichert. Erforderliche Datenübermittlungen an andere Stellen (z. B. Kraftfahrt-Bundesamt, Industrie- und Handelskammer, Fachgewerkschaften, Verkehrsverbände, Gewerbeaufsichtsamt, Berufsgenossenschaft und Eichamt) erfolgen nach den Vorschriften des PBefG. Die erhobenen Daten werden ausschließlich zum Zwecke der Antragsbearbeitung verarbeitet.

Ort, Datum

Unterschrift

■ **Erforderliche Antragsunterlagen für die Erteilung einer Genehmigung nach dem Rettungsdienstgesetz (RDG)**

Unbedenklichkeitsbescheinigungen	
Örtliches Finanzamt*	1-fach
Gemeinde des Betriebssitzes*	1-fach
Sozialversicherungsträger der Mitarbeiter* (je Sozialversicherungsträger eine UB)	1-fach
Knappschaft Bahn-See (Minijobzentrale, bei geringfügig Beschäftigten)*	1-fach
Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrssicherheit (BG Verkehr)*	1-fach
Führungszeugnis* des Antragstellers und ggf. der/des verantwortlichen Leiterin/Leiters (Belegart: „OB“ zur Vorlage bei einer Behörde) Bei einer EU-Staatsangehörigkeit (außer bei deutscher Staatsangehörigkeit) ist ein „Europäisches Führungszeugnis“ zu beantragen. Bei juristischen Personen ebenfalls von allen Gesellschaftern! Diese sind jeweils beim Bürgermeisteramt des Wohnortes zu beantragen (zweckmäßigerweise sollte der Verwendungszweck „Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz“ angegeben werden).	1-fach
Auskunft aus dem Gewerbezentralregister* des Antragstellers und ggf. der/des verantwortlichen Leiterin/Leiters (Belegart: „9“ zur Vorlage bei einer Behörde) Bei juristischen Personen ebenfalls von allen Gesellschaftern und der juristischen Person! Diese sind jeweils beim Bürgermeisteramt des Wohnortes (für juristische Personen am Betriebsitz) zu beantragen (zweckmäßigerweise sollte der Verwendungszweck „Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz“ angegeben werden).	1-fach
Nachweis der fachlichen Eignung der/des verantwortlichen Leiterin/Leiters	1-fach
Nachweis über die Beschäftigung der/des verantwortlichen Leiterin/Leiters (z.B. Arbeitsvertrag)	1-fach
Mitarbeiterliste ¹	1-fach
Kopien der Zulassungsbescheinigungen Teil I und der aktuellen HU	1-fach
Kopie des Mietvertrages der Geschäftsräume und der Parkplätze (bei Eigentum: Grundbuchauszug)	1-fach
Vermögensübersicht nach § 2 Abs. 2 PBZugV ¹	1-fach
Eigenkapitalbescheinigung nach § 2 Abs. 2 PBZugV ¹	1-fach
Zusatzbescheinigung nach § 2 Abs. 3 der PBZugV ¹	1-fach
Das Eigenkapital zuzüglich der Reserven des Unternehmens muss mindestens 2.250 Euro für das erste Fahrzeug und 1.250 Euro für jedes weitere Fahrzeug betragen. Hinweis: Die Eigenkapitalbescheinigung und ggfs. die Zusatzbescheinigung muss von einem Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Fachanwalt für Steuerrecht, einer Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs-, oder Steuerberatungsgesellschaft oder einem Kreditinstitut mit Stempel und Unterschrift versehen sein. Die Genehmigungsbehörde kann sich von der Antragstellerin/vom Antragsteller diejenigen Unterlagen vorlegen lassen, aufgrund derer die Eigenkapitalbescheinigung und die Zusatzbescheinigung erstellt wurden. Der Stichtag darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen.	
Beglaubigte Abschrift der Eintragung im Handels- oder Genossenschaftsregister*, wenn eine Eintragung besteht, (nicht älter als 3 Monate) + Vertrag (GmbH etc.)	1-fach

¹ Die erforderlichen Formulare finden Sie auf der Homepage des Landkreises Lörrach unter „Personenbeförderungsgesetz“